

28.06.2007

P  
R  
E  
S  
S  
E  
M  
I  
T  
T  
E  
I  
L  
U  
N  
G

## Wir dürfen beim Thema Mindestlohn nicht nachlassen

Die SPD kann als Erfolg verbuchen, dass es einen Mindestlohn für Briefzusteller geben wird. Die CDU hat sich solange verweigert, bis sie dem Druck von Öffentlichkeit und der SPD nicht mehr standhalten konnte. Da kann auch der plötzliche Umschwung des Niedersächsischen Ministerpräsidenten nicht drüber hinweg täuschen. Die CDU wird auch weiterhin versuchen zu verhindern, dass weitere Branchen ins Entsendegesetz aufgenommen werden.

Auch wenn sich alle einig sind, dass der Mindestlohn ein Gewinnerthema für uns sowohl im Landtagswahlkampf, als auch im Bundestagswahlkampf 2009 sein kann, dürfen wir jetzt nicht nachlassen, für weitere Mindestlöhne zu streiten. Denn jede weitere Branche, die ins Entsendegesetz aufgenommen wird, bedeutet für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und deren Familie ein besseres Einkommen. Aber für uns ist auch klar, dass die beste Lösung, um Lohndumping zu bekämpfen ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn ist.

Wie ernst es Ministerpräsident Wulff mit seinen Ankündigungen, für weitere Mindestlöhne einzutreten meint wird sich im Dezemberplenum des Landtages zeigen. Die SPD-Fraktion wird dort die Einführung eines Mindestlohnes in der Fleischindustrie fordern. Auch in dieser Branche darf es nicht länger Arbeitsbedingungen mit einem Lohn von ein bis drei Euro pro Stunde geben, doch seit über zwei Jahren hat die CDU Vorstöße der SPD im Landtag blockiert.

Die Union macht beim Arbeitnehmerschutz nur Symbolpolitik. Wer nach Monaten zähneknirschend einem Mindestlohn für Briefzusteller zustimmt und ansonsten die Hände in den Schoß legt, dem ist es nicht ernst mit der Bekämpfung von Lohndumping. Ein Herr Wulff hat zwar seit kurzem in öffentlichen Aussagen sein Herz für Mindestlöhne entdeckt, ohne allerdings sein Regierungshandeln danach auszurichten. Andernfalls würden auf Niedersachsens Schlachthöfen nicht nach wie vor hunderte Beschäftigte für Hungerlöhne arbeiten.

Ein Antrag der SPD aus April 2005 fordert die Landesregierung auf, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um Lohndumping in der Fleischindustrie zu verhindern. Dieser Antrag wurde von der CDU/FDP-Mehrheit nahezu komplett umgeschrieben und in der letzten Plenarsitzung im November verabschiedet.